

Nachtportiers im Kinderspital

Gewalt in Schweizer Spitälern nimmt zu. Das Ostschweizer Kinderspital musste deshalb sein Sicherheitskonzept anpassen.

Luca Hochreutener

Fast keine Berufsgruppe stand in den letzten Monaten und Jahren so sehr im medialen Fokus wie jene der Pflegerinnen und Pfleger. Nebst der viel beklagten Überlastung durch Fachkräftemangel scheint nun ein weiterer Missstand den Arbeitsalltag zu erschweren. Das Insspital Bern meldet einen deutlichen Anstieg von Gewaltvorfällen tätlicher, verbaler und sexueller Art auf der Notfallstation. So berichtete das SRF in einem Tageschaubeurtrag diese Woche.

Auch andere Deutschschweizer Spitäler bestätigten gegenüber SRF eine Zunahme solcher Übergriffe. Im Unispital Basel etwa würden Gewaltvorfälle jedes Jahr um zirka zehn Prozent zunehmen. Die Sicherheitsdienste der grössten Schweizer Spitäler müssten immer häufiger intervenieren. Das Problem ist auch in der Ostschweiz bekannt.

Konstante Verhältnisse im Kantonsspital

Allerdings gelte es zu differenzieren, betont Philipp Lutz, Mediensprecher des Kantonsspitals St. Gallen (KSSG) auf Anfrage. Verbale Aggressionen und renitentes Verhalten von Patientinnen und Patienten seien häufig durch psychische Erkrankungen oder den Konsum von Suchtmitteln zu erklären. Solche medizinisch begründbaren Fälle von Gewalt hätten am Kantonsspital St. Gallen, besonders im Notfallzentrum, tatsächlich zugenommen.

Gerade auf dem Notfall können laut Lutz Unge duld und der fehlende Respekt einzelner Patienten und Angehöriger dann und wann zu angespannten Situationen führen. Dasselbe gelte besonders nachts und an Wochenenden, wenn Alko-



Seit der Covid-Pandemie kommen physische und verbale Gewalt im Kinderspital häufiger vor. Die getroffenen Massnahmen zeigen aber Wirkung.

Bild: Benjamin Manser

hol oder andere Substanzen im Spiel seien. Dennoch habe das Kantonsspital in den letzten Jahren keine markante Zunahme von Drohungen und Gewalt gegen das Spitalpersonal feststellen können.

«Das führen wir unter anderem auf den eigenen Sicherheitsdienst und auf unser gut geschultes Personal zurück», sagt Lutz. In den letzten Jahren sei der Sicherheitsdienst im Schnitt rund 170-mal alarmiert worden. Dies geschieht laut Lutz in ganz unterschiedlichen Situationen. Zum Beispiel auch, wenn die Gefahr bestehe, dass

Patientinnen und Patienten sich selbst verletzen oder sie suizidgefährdet seien. «Es geht also nicht immer um eine Fremdgefährdung anderer Personen.»

Das Sicherheitskonzept und der Sicherheitsdienst hätten sich gut bewährt. Eine Verschärfung der Vorschriften sei somit nicht nötig gewesen. Die Anzahl Fälle, in denen das Kantonsspital die Polizei verständigen müsse, lag letztes Jahr im einstelligen Bereich.

Demnach sind erfasste Fälle mit tatsächlicher Gewalt gegen Personal im KSSG zwar

selten. Doch Lutz fügt an: «Jeder Fall ist einer zu viel.»

Während das KSSG-Sicherheitskonzept den diversen Herausforderungen auch in den letzten Jahren standhielt, musste das Ostschweizer Kinderspital seines anpassen. Seit einem halben Jahr arbeiten dort zwei Nachtportiers, berichtet Willi Büchel, Leiter des Sicherheitsdienstes. Es gebe eindeutig eine Zunahme der Gewalt gegen das Spitalpersonal. 2022 habe es um die 50 Meldungen an den haus-eigenen Sicherheitsdienst gegeben. Über die Hälfte davon kamen aus dem Kindernotfall.

Acht Mal musste im Jahr 2022 die Polizei eingeschaltet werden. Die Zahlen für das Jahr 2023 würden noch ausgewertet.

Auslöser seien häufig männliche Angehörige, die ihre Unge duld im Wartezimmer mit Beschimpfungen, Beleidigungen und teils Drohungen gegen das Personal kundtun. Als weitere Ursache nennt Büchel Sprachbarrieren, welche die Kommunikation mit den Eltern erschweren. Manchmal würden Angehörige auch dazu neigen, den Zustand ihres Kindes als dramatischer einzuschätzen als das Spitalpersonal. Obwohl das Pro-

blem seit Jahren bekannt ist, hat es sich laut Büchel seit der Covid-Pandemie verschärft. Inzwischen habe die präventive Massnahme von einem ständig anwesenden Sicherheitsmann in der Nacht aber Wirkung gezeigt und die Situation deutlich beruhigt. Im Wartezimmer hänge zudem seit einiger Zeit ein Plakat mit Informationen zu den Wartezeiten in verschiedenen Sprachen.

«Für die Mitarbeitenden sind solche Vorfälle sehr herausfordernd», sagt Büchel. Regelmässige Schulung und Unterstützung seien daher unumgänglich.

2000 Unterschriften nützen nichts

Mit einer Petition will eine Amriswilerin ihrem Hausarzt helfen, damit er weiter praktizieren kann – doch der Kanton erteilt ihr eine Abfuhr.

Manuel Nagel

Ines Berlinger-Verrillo ist frustriert und wütend – und zurzeit auch gesundheitlich etwas angeschlagen. Eigentlich würde sie zu ihrem Hausarzt gehen, doch diesem wurde im Herbst vom Kantonsärztlichen Dienst die Berufsausübungsbewilligung (BAB) entzogen, «obwohl ihm der Kanton Thurgau noch im Sommer mehrere Patienten zugewiesen hat», sagt Berlinger-Verrillo.

Der Fall ist komplex (siehe Kasten) und betrifft Serhiy Ivanytsky, der bis zuletzt in Amriswil an der Weinfelderstrasse 61 praktiziert und gegen 3000 Personen betreut hat. So auch Ines Berlinger-Verrillo und ihre Familie mit den beiden Kindern. Doch diese stehen nun wie zahlreiche andere Patientinnen und Patienten seit letztem Herbst ohne Hausarzt da.

Die Chance, von einem anderen Hausarzt in Amriswil aufgenommen zu werden, tendiert gegen null. Auch hier sind sämtliche Allgemeinpraktiker am Anschlag und haben bereits genug zu tun mit ihren bestehenden Patienten.

Diesen Umstand einfach so hinnehmen wollte Ines Berlinger-Verrillo nicht und sie startete noch im Herbst eine Petition zuhänden des Kantonalen Amtes für Gesundheit mit der Bitte, aufgrund der schwierigen Situation für die mehreren Tausend Patientinnen und Patienten von Serhiy Ivanytsky, diesem eine befristete Berufsausübungsbewilligung zu erteilen.

Das Echo war überwältigend für die Petitionärin, denn innerhalb von nur drei Wochen seien knapp 2000 Unterschriften zusammengesammelt, sagt Berlinger-Verrillo. «Bei 1800 habe ich aufgehört zu zählen.» Doch

die Antwort aus Frauenfeld fiel nicht wie erhofft aus. Kantonsärztin Agnes Burkhalter bedankte sich für die «zahlreichen Unterschriftsbögen», die physisch und nicht elektronisch ge-

Fehlende Englischkenntnisse führten zur Schliessung der Hausarztpraxis

Vor knapp zehn Jahren kam der Ukrainer Serhiy Ivanytsky in die Schweiz. Nicht direkt aus der Ukraine, sondern aus Portugal, wo er zehn Jahre als Allgemeinmediziner mit eigener Praxis tätig war. Ivanytsky spricht nebst seiner Muttersprache auch fließend Russisch, Polnisch, Portugiesisch und Deutsch – jedoch nur mässig Englisch, was ihm nun zum Verhängnis wurde.

Erst arbeitete er bei Medbase in Bischofszell. Im Herbst 2015 erhielt er die Berufsausübungs-

bewilligung als selbstständiger Arzt und übernahm in Bischofszell eine Praxis. Zweieinhalb Jahre später übernahm er eine Hausarztpraxis in Amriswil.

Doch dann verlangte der Kanton von Ivanytsky nicht mehr nur regelmässige Fortbildungen, sondern auch einen eidgenössisch anerkannten Weiterbildungstitel, um seinen Beruf weiterhin ausüben zu können. Die Krux: Diese Prüfungen lassen sich nur auf Englisch ablegen, was zur unüberwindbaren

Hürde für den Hausarzt wurde. Er wehrte sich nicht, obschon er vermutlich gute Chancen gehabt hätte, wie Fachleute meinen.

Der Kanton gewährte – nicht zuletzt wegen der prekären Hausarztsituation in Amriswil – zwar einen weiteren Aufschub bis Ende Februar 2023. Doch auch diese Frist liess Ivanytsky ungenutzt verstreichen. Da auch andere Bemühungen scheiterten, die Praxis weiter zu betreiben, ist diese nun vorderhand endgültig geschlossen. (man)

Suche nach einer neuen Hausärztin oder einem neuen Hausarzt herausfordernd sei, nichtsdestotrotz könne das Amt für Gesundheit leider nicht weiter helfen, weil es als Aufsichtsinstanz nicht direkt in die medizinische Versorgung involviert sei und keinen Einfluss auf die freie Marktwirtschaft nehmen könne. Ärztinnen und Ärzte betrieben die Praxen als freie Unternehmer und unterlägen keiner Aufnahmepflicht von Patienten, schrieb Agnes Burkhalter.

Familie Berlinger-Verrillo hat bisher noch keinen neuen Hausarzt gefunden. Ihr bleibt vorderhand nur, bei medizinischem Bedarf den diensthabenden Notfallarzt aufzusuchen. Konsterniert sagt Ines Berlinger-Verrillo: «Anscheinend will der Kanton Thurgau, dass ich von Arzt zu Arzt springe, was letztlich das Gesundheitssystem finanziell viel stärker belastet.»